

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

24. Sitzung
31. August 2023

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 18.04 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau Senatorin Günther-Wünsch, Frau Staatssekretärin Henke, Herrn Staatssekretär Dr. Kühne und Herrn Staatssekretär Liecke (alle SenBJF) repräsentiert.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.

Die Vorsitzende informiert darüber, dass sie eine Mitteilung zur Einladung am 29. August 2023 mit dem Inhalt herausgeben habe, die Tagesordnung um den folgenden neuen Punkt 4 c):

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/1131

[0188](#)
BildJugFam

**Gesetz über die Abschaffung der Prüfungen zum
mittleren Schulabschluss am Gymnasium**

– Vorabüberweisung –

zu ergänzen. Hintergrund sei ein Schreiben des Senats vom 29. August 2023, mit dem der Senat bei der Präsidentin des Abgeordnetenhauses die Vorabüberweisung nach § 32 Abs. 4 GO Abghs im Hinblick auf die o. g. Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1131, erbeten habe. Schon vor der regulären Plenarsitzung am 7. September 2023 solle dem Ausschuss die Beratung und Beschlussfassung über diese Gesetzesvorlage ermöglicht werden.

Als Begründung nenne der Senat, dass das o. g. Gesetz möglichst zeitnah zum Unterrichtsbeginn in Kraft treten solle, um den Schulen Planungssicherheit zu geben. Die o. g. Gesetzesvorlage müsse daher in der heutigen Sitzung behandelt werden. Deren Behandlung zusammen mit den Haushaltsberatungen in der kommenden Sitzung am 14. September 2023 sei nicht realistisch, da sich die Haushaltsberatungen über einige Stunden erstrecken und die Einhaltung der Termine der Haushaltsberatungen oberste Priorität habe.

Die Vorsitzende unterrichtet den Ausschuss überdies darüber, dass aufgrund von zwei Anhörungen und einer Gesetzesberatung in der heutigen Sitzung der Ausschuss in der letzten Runde der Sprecher/innen übereingekommen sei, die Sitzungszeit abweichend von der Vorschrift des § 25 Abs. 8 GO Abghs, wonach die Sitzung aus Gründen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um 17.00 Uhr enden soll, ausnahmsweise um eine Stunde bis 18.00 Uhr verlängert werde.

Punkt 1 der Tagesordnung

Wahl des stellvertretenden Schriftführers

Die Vorsitzende informiert den Ausschuss darüber, dass die AfD-Fraktion eine neue Wahlvorlage eingereicht habe.

Sie stellt fest, dass für die Position des stellvertretenden Schriftführers die AfD-Fraktion gemäß den §§ 25 Abs. 2, 19 Abs. 1, S. 2 GO Abghs vorschlagsberechtigt sei.

Die AfD-Fraktion schlägt Herrn Abg. Weiß (AfD) für die Position des stellvertretenden Schriftführers vor. Die Vorsitzende stellt das Einverständnis des Herrn Abg. Weiß (AfD) mit der Kandidatur fest.

Herr Abg. Weiß (AfD) beantragt die Durchführung der geheimen Wahl.

Die Vorsitzende stellt fest, dass nach § 74 Abs. 2 i. V. m. § 26 Abs. 9 GO Abghs bei einem Widerspruch eines stimmberechtigten Ausschussmitglieds gegen eine offene Wahl eine geheime Wahl durchgeführt werden müsse.

In dem vorliegenden Antrag auf Durchführung einer geheimen Wahl liege ein Widerspruch eines stimmberechtigten Ausschussmitglieds gegen eine offene Wahl, so dass die Wahl geheim durchzuführen sei.

Die Vorsitzende gibt folgende Hinweise zum Verfahren bei einer geheimen Wahl im Ausschuss nach den §§ 74, 25 Abs. 2, 26 Abs. 9 GO Abghs:

- Die Wahl erfolge ohne Aussprache.
- Gewählt sei, wer die einfache Stimmenmehrheit erhalte. Etwaige Enthaltungen bleiben bei der Ermittlung der Stimmenmehrheit außer Betracht.

- Sie werde die Namen der wahlberechtigten Abgeordneten zu Beginn des Wahlgangs verlesen.
- Die Schriftführerin, Frau Abg. Dr. Wojahn (Bündnis 90/Die Grünen), werde jedem wahlberechtigten Abgeordneten nach Namensaufruf und vor Eintritt in die Wahlkabine einen Stimmzettel aushändigen.
- Der Stimmzettel sehe die Möglichkeit vor, „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ anzukreuzen. Es dürfe nur ein Feld angekreuzt werden. Stimmzettel ohne ein Kreuz, mit mehreren Kreuzen, anders als durch ein Kreuz gekennzeichnet oder mit zusätzlichen Bemerkungen oder Kennzeichnungen seien ungültig.
- Der Stimmzettel sei in der Wahlkabine auszufüllen und in der Wahlkabine zu falten, so dass der Inhalt nicht mehr zu sehen sei.
- Abgeordnete, die außerhalb der Wahlkabine ihren Stimmzettel kennzeichnen oder falten, werden zurückgewiesen.
- Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Abg. Hopp (SPD), werde nach dem Einwerfen des gefalteten Stimmzettels in die Wahlurne die jeweilige Stimmabgabe vermerken und den jeweiligen Namen auf der Liste abhaken.

Die Vorsitzende eröffnet den Wahlvorgang und verliest die Namen der anwesenden, wahlberechtigten Abgeordneten. Diese gehen nach Namensaufruf einzeln zu der im Sitzungssaal aufgestellten Wahlkabine und geben gemäß des zuvor dargestellten Verfahrens bei einer geheimen Wahl ihre Stimme ab.

Nach der Durchführung der Wahl fragt die Vorsitzende, ob alle wahlberechtigten Abgeordneten, deren Namen sie verlesen habe, gewählt haben. Es erfolgt kein Widerspruch. Die Vorsitzende schließt daraufhin den Wahlgang.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Abg. Hopp (SPD), und die Schriftführerin, Frau Abg. Wojahn (Bündnis 90/Die Grünen), nehmen die Auszählung vor und tragen das Ergebnis auf einem Formular ein, das sie beide unterzeichnen.

Die Vorsitzende verliest das auf dem Formular vermerkte Auszählungsergebnis. Es seien insgesamt 23 Stimmen abgegeben worden, die alle gültig seien. Es lägen 20 Nein-Stimmen und 3 Ja-Stimmen vor.

Die Vorsitzende stellt nach den §§ 26 Abs. 9, 74 Abs. 7 GO Abghs formal fest, dass Herr Abg. Weiß (AfD) nicht zum stellvertretenden Schriftführer gewählt worden sei.

Punkt 2 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Gemäß Punkt 4, Abs. 6 der Verfahrensregeln des Ausschusses vom 17. Mai 2023 ruft die Vorsitzende die folgenden schriftlich eingereichten Fragen der Fraktionen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf. Frau Senatorin Günther-Wünsch (SenBJF), Herr Staatssekretär Kühne (SenBJF) und Frau Anja Tempelhoff (Leiterin der Abteilung VII – Schule in der digitalen Welt / SenBJF) beantwortet diese sowie spontane mündliche Nachfragen der Ausschussmitglieder (zu den Antworten des Senats und den Nachfragen der Ausschussmitglieder vgl. Inhaltsprotokoll):

- „Ein Mitglied der CDU-Fraktion informierte in der vergangenen Woche in einem Schreiben die Schulgemeinschaft der Oberseeschule darüber, dass der Bezirk Lichtenberg vorhabe, den lange geplanten MEB auf dem Schulgelände der Obersee-Schule nicht bzw. an einem anderen Standort zu realisieren. Welche Kenntnis hat der Senat von diesen Plänen?“
(Die Linke)
- „Mit der neuen Schuldatenverordnung dürfen personenbezogene Daten nur noch auf den mobilen Lehrkräfte-Endgerät verarbeitet und nur die von der Senatsverwaltung zur Verfügung gestellten E-Mail-Accounts genutzt werden. Wie stellt SenBJF sicher, dass alle Lehrkräfte und das komplette pädagogische Personal (z.B. auch PKB-Kräfte) für ihre Arbeit relevante personenbezogene Daten verarbeiten und per E-Mail korrespondieren können?“
(SPD)
- „Den Berliner Lehrkräften ist es zum neuen Schuljahr untersagt worden, mittels privater oder Schul-Mails im dienstlichen Kontext zu kommunizieren. Gleichzeitig sind die Dienst-Mail-Adressen des Landes Berlin wegen Datenschutzbedenken noch nicht beteiligt worden. Auf welchem digitalen Weg können die Lehrkräfte nun rechtssicher und datenschutzkonform kommunizieren?“
(Bündnis 90/Die Grünen).

Überdies beantworten Frau Senatorin Günther-Wünsch (SenBJF) und Frau Staatssekretärin Henke (SenBJF) folgende mündlich gestellte Fragen:

- „Welchen Schwerpunkt verfolgt die Senatsverwaltung mit dem Vorstoß von neun Funktionsstellen im Fachbereich Deutsch und Mathematik an Grundschulen?“
(Frau Abg. Khalatbari von der CDU-Fraktion)
- „In Niedersachsen ist es vor Kurzem dazu gekommen, einen Doktorspielraum in einer Kita zu installieren, damit Kleinkinder ihre angebliche Sexualität entdecken können. Daraufhin wurde Strafanzeigen wegen Kindeswohlgefährdung gestellt. Die Kitaleitung ist mittlerweile suspendiert. Nun kamen Kinder aus Berlin wegen der Kita Waschbären in Lichtenberg auf mich zu, wo nun selbiges passiert sei. Ich frage die Senatorin: Wie sehen die aktuellen Konzepte in Berlin zur Sexualerziehung von Kleinkindern aus? Enthalten diese Elemente der sogenannten modernen Sexualpädagogik von Uwe Sielert, bei der Kinder möglichst früh zu sexuell lustvollen Erfahrungen angeregt werden sollen, wie zum Beispiel durch den sogenannten Doktorspielraum?“
(Herr Abg. Tabor von der AfD-Fraktion).

Im Übrigen beantworten sie auch diesbezügliche Nachfragen (zu den Nachfragen und den Antworten zu den mündlich gestellten Fragen vgl. Inhaltsprotokoll).

b) **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Frau Senatorin Günther-Wünsch (SenBJF) und Frau Staatssekretärin Henke (SenBJF) berichten über aktuelle Themen und Vorkommnisse aus dem Bereich der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und beantworten Nachfragen der Ausschussmitglieder (zu den Berichten und den Nachfragen im Einzelnen siehe Inhaltsprotokoll).

Punkt 3 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|---|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Pflegekinder in Berlin: Notwendige Neuaufstellung des Pflegekindschaftswesens nach Reform des SGB VIII
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) | 0161
BildJugFam |
| b) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/1019
Pflegekinder stärker unterstützen! Pauschalen zum Lebensunterhalt erhöhen | 0182
BildJugFam
Haupt |
| c) | Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/1066
Zum Wohle besonders benachteiligter Kinder – Pauschalen für den Lebensunterhalt für Pflegekinder erhöhen und die Arbeit von Pflegeeltern wertschätzen | 0183
BildJugFam
Haupt |
- Vorabüberweisung –

Die Vorsitzende informiert darüber, dass zu Punkt 3 der Ausschuss eine Anhörung durchführen werde.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der Besprechungspunkt zu Punkt 3 a) bereits im Rahmen der 22. Sitzung am 8. Juni 2023 behandelt worden und in diesem Rahmen der Besprechungsbedarf durch Frau Abg. Burkert-Eulitz (Bündnis 90/Die Grünen) für die Antrag stellenden Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke begründet worden sei.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs aufgrund der zu erfolgenden Anhörung.

Frau Abg. Burkert-Eulitz (Bündnis 90/Die Grünen) begründet den Antrag zu Punkt 3 b) der Tagesordnung.

Herr Abg. Tabor (AfD) begründet den Antrag zu Punkt 3 c) der Tagesordnung.

Folgende Anzuhörende geben Stellungnahmen ab und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Frau Katja Braune, Vorsitzende des AktivVerbund e. V.,
- Herr Peter Heinßen, Geschäftsführer der Familien für Kinder gGmbH und der proFam gGmbH sowie Mitglied und Vorstand des Kompetenzzentrum Pflegekinder e. V.,
- Frau Petra Schrödel, Vorsitzende des Arbeitskreises zur Förderung von Pflegekindern e. V.,
- Herr Rainer Schwarz, Jugendamtsdirektor des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg von Berlin, Abt. Jugend und Gesundheit
- und Frau Anna Traub, Wissenschaftliche Referentin für Kindheit, Jugend, Familie und soziale Berufe des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Herr Staatssekretär Liecke (SenBJF) und Frau Kerstin Stappenbeck (Leiterin der Abteilung III – Jugend- und Kinderschutz / SenBJF) Stellung nehmen und Fragen der Ausschussmitglieder beantworten, beschließt der Ausschuss entsprechend der ständigen Ausschusspraxis einvernehmlich, die Punkte 3 a), b) und c) der Tagesordnung zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 4 der Tagesordnung

- | | |
|--|------------------------------------|
| a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Neuregelung des Mittleren Schulabschlusses an
Gymnasien
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD) | 0168
BildJugFam |
| b) Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/0012
MSA-Abschluss an Gymnasien durch Versetzung in
die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe | 0001
BildJugFam |

Hierzu: Anhörung

- c) Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/1131
**Gesetz über die Abschaffung der Prüfungen zum
mittleren Schulabschluss am Gymnasium**

– Vorabüberweisung –

[0188](#)
BildJugFam

Die Vorsitzende weist auf Folgendes hin:

- Bei Punkt 4 b) handele es sich um einen Gesetzesantrag der AfD-Fraktion, zu dem eine Stellungnahme des Senats vom 25. Januar 2022 sowie eine Stellungnahme des Senats vom 4. Juli 2023 nach § 43 Abs. 1 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Berliner Verwaltung / Besonderer Teil (GGO II) vorliege. In dem Fall habe der Senat in der Zusammensetzung vor der Wiederholungswahl und in der Zusammensetzung nach der Wiederholungswahl jeweils eine Stellungnahme abgegeben, wogegen keine Einwände bestehen.
- Der Ausschuss werde zu den Punkten 4 a) und 4 b) eine Anhörung durchführen.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs aufgrund der zu erfolgenden Anhörung.

Frau Abg. Dr. Lasic (SPD) begründet den Besprechungsbedarf für die Antrag stellenden Koalitionsfraktionen der CDU und SPD zu Punkt 4 a) der Tagesordnung.

Herr Abg. Weiß (AfD) begründet den Antrag zu Punkt 4 b) der Tagesordnung.

Folgende Anzuhörende geben Stellungnahmen ab und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Robert Giese, Schulleiter der Fritz-Karsen-Schule und Vorsitzender der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule – Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e. V. (GGG-Berlin),
- Herr Aimo Görne, Vorsitzender des Landesschülerausschusses Berlin,
- Herr Arnd Niedermöller, Schulleiter des Immanuel-Kant-Gymnasiums Berlin-Lichtenberg und Vorsitzender und Sprecher der Vereinigung der Oberstudiendirektoren Berlins sowie Vorsitzender der Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren
- und Herr Martin Roth, Schulleiter des Humboldt-Gymnasiums Berlin-Tegel.

Im Rahmen der Beratung nehmen Frau Senatorin Günther Wünsch (SenBJF), Frau Staatssekretärin Henke (SenBJF) und Herr Thomas Duveneck (Leiter der Abteilung II - Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemein bildende Schulen; Lehrkräftebildung / SenBJF) Stellung.

Im Anschluss an die Beratung schließt der Ausschuss die Besprechung zu Punkt 4 a) ab.

Zu Punkt 4 b) beschließt er mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, dem Plenum die Ablehnung des Antrages – Drucksache 19/0012 – zu empfehlen. Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Zu Punkt 4 c) beschließt er mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, dem Plenum die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1131 – zu empfehlen. Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die in der Anlage beigefügten Ausschusstermine für das Jahr 2024.

Die nächste (25.) Sitzung findet am Donnerstag, dem 14.09.2023, um 14.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende

Die Schriftführerin

Sandra Khalatbari

Tonka Wojahn

Terminplan für die Sitzungen des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie

– Donnerstag, Vorplenarywoche, 14.00 Uhr, Raum 311 –

2024

Januar							Februar							März							April						
M	D	M	D	F	S	S	M	D	M	D	F	S	S	M	D	M	D	F	S	S	M	D	M	D	F	S	S
1	2	3	4	5	6	7	1	2	3	4				1	2	3					1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14	5	6	7	8	9	10	11	4	5	6	7	8	9	10	8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21	12	13	14	15	16	17	18	11	12	13	14	15	16	17	15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28	19	20	21	22	23	24	25	18	19	20	21	22	23	24	22	23	24	25	26	27	28
29	30	31					26	27	28	29				25	26	27	28	29	30	31	29	30					

Mai							Juni							Juli							August							
M	D	M	D	F	S	S	M	D	M	D	F	S	S	M	D	M	D	F	S	S	M	D	M	D	F	S	S	
		1	2	3	4	5						1	2	1	2	3	4	5	6	7					1	2	3	4
6	7	8	9	10	11	12	3	4	5	6	7	8	9	8	9	10	11	12	13	14	5	6	7	8	9	10	11	
13	14	15	16	17	18	19	10	11	12	13	14	15	16	15	16	17	18	19	20	21	12	13	14	15	16	17	18	
20	21	22	23	24	25	26	17	18	19	20	21	22	23	22	23	24	25	26	27	28	19	20	21	22	23	24	25	
27	28	29	30	31			24	25	26	27	28	29	30	29	30	31					26	27	28	29	30	31		

September							Oktober							November							Dezember								
M	D	M	D	F	S	S	M	D	M	D	F	S	S	M	D	M	D	F	S	S	M	D	M	D	F	S	S		
						1			1	2	3	4	5	6						1	2	3							1
2	3	4	5	6	7	8	7	8	9	10	11	12	13	4	5	6	7	8	9	10	2	3	4	5	6	7	8		
9	10	11	12	13	14	15	14	15	16	17	18	19	20	11	12	13	14	15	16	17	9	10	11	12	13	14	15		
16	17	18	19	20	21	22	21	22	23	24	25	26	27	18	19	20	21	22	23	24	16	17	18	19	20	21	22		
23	24	25	26	27	28	29	28	29	30	31				25	26	27	28	29	30	23	24	25	26	27	28	29			
30														30	31						30	31							

 	Plenarsitzungen
 	Ausschusssitzungen
 	Schulferien und unterrichtsfreie Tage, Sonn- und Feiertage
 	Parlamentsferien: 08.07. – 30.08.2024

Feiertage:

Neujahr (1. Januar), Internationaler Frauentag (8. März), Karfreitag (29. März), Ostern (31. März u. 1. April), Maifeiertag (1. Mai), Christi Himmelfahrt (9. Mai), Pfingsten (19./20. Mai), Tag der Deutschen Einheit (3. Oktober), Weihnachten (25./26. Dezember)

Schulferien und unterrichtsfreie Tage:

Weihnachtsferien 2023/2024	23.12.2023	–	05.01.2024
Winterferien	05.02.2024	–	10.02.2024
Osterferien	25.03.2024	–	05.04.2024
Freitag nach Christi Himmelfahrt	10.05.2024	–	10.05.2024
Sommerferien	18.07.2024	–	30.08.2024
Herbstferien	21.10.2024	–	02.11.2024
Weihnachtsferien 2024/2025	23.12.2024	–	31.12.2024

Stand: 31.08.2023